



Ausgabe 38 | September 2019

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Unbelegte Brötchen mit einem Heißgetränk sind kein Frühstück
- > Grundstücksenteignung kein privates Veräußerungsgeschäft im Sinne des § 23 EStG
- > Vorbehaltsnießbrauch bei unentgeltlicher Übertragung eines verpachteten land- und forstwirtschaftlichen Betriebs
- > Keine Gewährung der erweiterten Kürzung bei Beteiligung einer grundstücksverwaltenden, nur kraft ihrer Rechtsform der Gewerbesteuer unterliegenden Gesellschaft an einer grundstücksverwaltenden, gewerblich geprägten Personengesellschaft
- > Keine Teilwertzuschreibung auf Verpflichtung aus Umtauschanleihe bei Deckungsbestand
- > Rechtsstreit gegen einen Duldungsbescheid des FA nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Finanzgerichte

- > Prozesskosten für eine Studienplatzklage führen nicht zu außergewöhnlichen Belastungen
- > Praxisjahr für den Abschluss als "Staatlich geprüfter Agrarbetriebswirt" führt zum Kindergeldanspruch
- > Ermäßigter Steuersatz nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG für Leistungen der externen betrieblichen Altersversorgung
- > Bitcoin als Wirtschaftsgut

Finanzverwaltung

- › Bekanntmachung des Musters für den Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung 2020
- › Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen für Kalenderjahre ab 2020
- › Ermittlung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns bei Entnahme aus einem Betriebsvermögen
- › Einzelfragen zur Abgeltungsteuer
- › Einstufung einer juristischen Person des privaten Rechts als sonstige Einrichtung des öffentlichen Rechts

Weitere Meldungen

- › Schätzung bei elektronischen Registrierkassen

› Recht

Arbeit und Soziales

- › Kabinett beschließt mit Paketboten-Schutz-Gesetz die Einführung der Nachunternehmerhaftung für Paketbranche

Wirtschaftsrecht

- › Bundesregierung verabschiedet Blockchain-Strategie

Zivilrecht

- › Gesetzentwurf zur Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die Vergleichsmiete beschlossen

Sonstiges Recht

- › Kabinett verabschiedet Drittes Bürokratieentlastungsgesetz

› Wirtschaft

Branchen

- › VR Branchen special - Aktualisierte Branchenberichte

Unternehmen

- › KfW Research - Unternehmen in Deutschland gehen Digitalisierung in der Breite an

Steuern

Bundesfinanzhof

Unbelegte Brötchen mit einem Heißgetränk sind kein Frühstück

Bundesfinanzhof, VI-R-36/17, Pressemitteilung vom 19.09.2019
Unbelegte Backwaren mit einem Heißgetränk sind kein Frühstück im
lohnsteuerrechtlichen Sinne, wie der BFH entschieden hat.

➤ [mehr in LEXinform 0450302 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Grundstücksenteignung kein privates Veräußerungsgeschäft im Sinne des § 23 EStG

Bundesfinanzhof, IX-R-28/18, Pressemitteilung vom 19.09.2019
Der Eigentumsverlust durch Enteignung ist keine Veräußerung i.S. des § 23
Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG. Dies hat der BFH entschieden, da der Entzug des
Eigentums ohne maßgeblichen Einfluss des Steuerpflichtigen stattfindet.

➤ [mehr in LEXinform 0450303 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Vorbehaltsnießbrauch bei unentgeltlicher Übertragung eines verpachteten land- und forstwirtschaftlichen Betriebs

Bundesfinanzhof, VI-R-26/17, Urteil vom 08.05.2019

1. Bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft hat die Bestellung eines Nießbrauchs zur Folge, dass zwei Betriebe entstehen, nämlich ein ruhender Betrieb in der Hand des nunmehrigen Eigentümers (des Nießbrauchsverpflichteten) und ein wirtschaftender Betrieb in der Hand des Nießbrauchsberechtigten und bisherigen Eigentümers (Bestätigung der ständigen Rechtsprechung).
2. Die Rechtsprechung zur unentgeltlichen Übertragung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs unter Nießbrauchsvorbehalt gilt auch für die Übertragung eines Verpachtungsbetriebs.
3. Zahlungen für die Entlassung des Grundbesitzes aus der Pfandhaft eines zum Betriebsvermögen gehörenden Nießbrauchsrechts sind betrieblich veranlasst und erhöhen ihrerseits das Betriebsvermögen.

➤ [mehr in LEXinform 0951383 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Keine Gewährung der erweiterten Kürzung bei Beteiligung einer grundstücksverwaltenden, nur kraft ihrer Rechtsform der Gewerbsteuer unterliegenden Gesellschaft an einer grundstücksverwaltenden, gewerblich geprägten Personengesellschaft

Bundesfinanzhof, IV-R-44/16, Urteil vom 27.06.2019

Das Halten einer Beteiligung an einer gewerblich geprägten,
grundstücksverwaltenden Personengesellschaft verstößt gegen das
Ausschließlichkeitsgebot des § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG (Bestätigung der
Rechtsprechung).

➤ [mehr in LEXinform 0950960 | Gewerbsteuer](#)



Keine Teilwertzuschreibung auf Verpflichtung aus Umtauschanleihe bei Deckungsbestand

Bundesfinanzhof, I-R-20/17, Urteil vom 27.03.2019

1. Wird bei Umtauschanleihen die Option auf Aktienlieferung durch den Anleihegläubiger ausgeübt, ist die Anleiheverbindlichkeit gegen den

Buchwert der abgegebenen Aktien auszubuchen. Sofern der Ansatz der Anleiheverbindlichkeit den Buchwert der Aktien übersteigt, entsteht ein Gewinn, der § 8b Abs. 2 KStG unterfällt.

2. Bei der Ermittlung des Veräußerungsgewinns nach § 8b Abs. 2 KStG kann die Anleiheverbindlichkeit wegen § 5 Abs. 1a EStG nicht mit einem über dem Nennwert liegenden Teilwert berücksichtigt werden, wenn in der Handelsbilanz eine Bewertungseinheit zwischen der Anleiheverbindlichkeit und im Bestand der Anleiheschuldnerin gehaltenen Aktien gebildet wurde.
3. Zur Gewinnrealisierung im Hinblick auf Aktien, die dem Optionsrecht von Umtauschanleihen unterliegen.

➤ mehr in LEXinform 0951389 | Körperschaftsteuer



Rechtsstreit gegen einen Duldungsbescheid des FA nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Bundesfinanzhof, VII-B-65/19, Beschluss vom 24.07.2019

1. Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens geht die Anfechtungskompetenz aus §§ 4, 11 AnfG auf den Insolvenzverwalter über.
2. Wenn der Rechtsstreit gegen den Duldungsbescheid des FA nicht mehr anhängig ist, kann der Insolvenzverwalter das Verfahren nicht mehr aufnehmen (Abgrenzung zu Senatsurteil vom 18. September 2012 - VII R 14/11, BFHE 238, 505, BStBl II 2013, 128).
3. Hat das FG die Anfechtungsklage gegen den Duldungsbescheid als unbegründet abgewiesen, kommt die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung für den Insolvenzverwalter nach § 727 ZPO nicht in Betracht.
4. Das FA kann den Anfechtungsanspruch gegen den Anfechtungsgegner während des Insolvenzverfahrens auch mit Zustimmung des Insolvenzverwalters nicht selbst weiterverfolgen (Fortführung Senatsurteil vom 29. März 1994 - VII R 120/92, BFHE 174, 295, BStBl II 1995, 225).

➤ mehr in LEXinform 5022419 | Steuerliches Verfahrensrecht



Finanzgerichte

Prozesskosten für eine Studienplatzklage führen nicht zu außergewöhnlichen Belastungen

Finanzgericht Münster, 2-K-3783/18-E, Mitteilung vom 16.09.2019

Tragen Eltern Gerichts- und Rechtsanwaltskosten für eine sog. Kapazitätsklage mit dem Ziel, ihrem Kind einen Studienplatz zu verschaffen, führt dies nicht zu außergewöhnlichen Belastungen. Dies hat das FG Münster entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0450287 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Praxisjahr für den Abschluss als "Staatlich geprüfter Agrarbetriebswirt" führt zum Kindergeldanspruch

Finanzgericht Münster, 4-K-3925/17-Kg, Mitteilung vom 16.09.2019

Das FG Münster hat entschieden, dass das Praxisjahr zur Vorbereitung auf den Abschluss als "Staatlich geprüfter Agrarbetriebswirt" Teil einer einheitlichen erstmaligen Berufsausbildung ist mit der Folge, dass ein Anspruch auf Kindergeld besteht.

➤ mehr in LEXinform 0450288 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Ermäßigter Steuersatz nach § 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG für Leistungen der externen betrieblichen Altersversorgung

Finanzgericht Berlin-Brandenburg, 3-K-3058/19, Urteil vom 12.06.2019

1. § 34 Abs. 2 Nr. 4 EStG ist grundsätzlich auf alle Arten von Einkünften anwendbar und damit auch auf Leistungen aus Direktversicherungen als sonstige Einkünfte (vgl. BFH, Urteil v. 20.9.2016, X R 23/15). Das gilt auch für die nach § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG steuerbaren Leistungen einer externen betrieblichen Altersversorgung, wenn die vom Arbeitgeber für den begünstigten Arbeitnehmer geleisteten Beiträge nach § 3 Nr. 63 EStG als steuerfrei behandelt worden sind, der Arbeitgeber auf Veranlassung des Arbeitnehmers die Versicherung gekündigt hat, die Versicherung die Kündigung freiwillig angenommen hat, obwohl die in den Vertragsbedingungen genannten Voraussetzungen für eine Kündigung nicht erfüllt waren und wenn die Beitragszahlungen in mehr als zwei Veranlagungszeiträumen erfolgt sind sowie einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten umfasst haben....

➤ [mehr in LEXinform 5022413 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Bitcoin als Wirtschaftsgut

Finanzgericht Berlin-Brandenburg, 13-V-13100/19, Beschluss vom 20.06.2019

1. Es ist nicht ernstlich zweifelhaft, dass Bitcoins in rechtlicher Hinsicht als Wirtschaftsgut einzuordnen sind.
2. Bei der im einstweiligen Rechtsschutzverfahren notwendigen, aber auch ausreichenden summarischen Prüfung spricht alles dafür, dass eine Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei sog. Krypto-Assets gemäß § 22 Nr. 2, § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 1 EStG zulässig ist.
3. Die rechtliche Einordnung der Kryptowährungen als Wirtschaftsgut sowie die sich daraus ergebende Besteuerung führt nicht zu einem verfassungswidrigen Zustand. Das gilt auch im Hinblick auf ein strukturelles Vollzugsdefizit.

➤ [mehr in LEXinform 5022414 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Finanzverwaltung

Bekanntmachung des Musters für den Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung 2020

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2378 / 19 / 10030 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 09.09.2019

Das BMF macht das Muster für den Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für das Kalenderjahr 2020 bekannt.

➤ [mehr in LEXinform 5236936 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen für Kalenderjahre ab 2020

Bundesministerium der Finanzen, IV C 5 - S-2378 / 19 / 10002 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 09.09.2019

Das BMF-Schreiben regelt die Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen für Kalenderjahre ab 2020 und die Ausstellung

von Besonderen Lohnsteuerbescheinigungen durch den Arbeitgeber ohne maschinelle Lohnabrechnung für Kalenderjahre ab 2020.

➤ [mehr in LEXinform 5236937 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Ermittlung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns bei Entnahme aus einem Betriebsvermögen

Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-2256 / 19 / 10002 :001, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 03.09.2019

Das BMF teilt mit, dass die Randziffer 34 des Schreibens vom 5. Oktober 2000 aufgehoben wurde.

➤ [mehr in LEXinform 5236938 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Einzelfragen zur Abgeltungsteuer

Bundesministerium der Finanzen, IV C 1 - S-2252 / 08 / 10004 :027, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 16.09.2019

Das BMF hat sein Schreiben zu Einzelfragen zur Abgeltungsteuer vom 18. Januar 2016 ergänzt.

➤ [mehr in LEXinform 5236939 | Einkommensteuer/Lohnsteuer](#)



Einstufung einer juristischen Person des privaten Rechts als sonstige Einrichtung des öffentlichen Rechts

Bundesministerium der Finanzen, III C 2 -S-7107 / 19 / 10006 :003, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 18.09.2019

Das BMF hat dazu Stellung genommen, unter welchen Voraussetzungen eine juristische Person des privaten Rechts sich auf die Rechtsprechung des EuGH in der Rs. Sudaçor, C-174/14, berufen und wie eine juristische Person des öffentlichen Rechts nach § 2b Abs. 1 Satz 1 UStG behandelt werden kann.

➤ [mehr in LEXinform 5236940 | Umsatzsteuer](#)



Weitere Meldungen

Schätzung bei elektronischen Registrierkassen

Deubner Verlag, Anmerkung vom 17.09.2019

Im Fall der Gewinnermittlung durch eine Einnahmenüberschussrechnung mit Hilfe elektronischer Registrierkassen ist die tägliche Erstellung eines Z-Bons erforderlich, andernfalls drohen Schätzungen.

➤ [mehr in LEXinform 0653670 | Steuerliches Verfahrensrecht](#)



[Recht](#)

[Arbeit und Soziales](#)

Kabinett beschließt mit Paketboten-Schutz-Gesetz die Einführung der Nachunternehmerhaftung für Paketbranche

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 18.09.2019

Das Bundeskabinett hat am 18.09.2019 das Paketboten-Schutz-Gesetz beschlossen. Ziel ist, die Nachunternehmerhaftung, die bereits seit Jahren in der Fleischwirtschaft und am Bau wirkt, auf die Paketbranche auszuweiten. Die Neuregelung soll künftig die korrekte Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge sicherstellen.

➤ mehr in LEXinform 0450293 | Arbeit/Soziales



Wirtschaftsrecht

Bundesregierung verabschiedet Blockchain-Strategie

Bundesministerium der Finanzen, Mitteilung vom 18.09.2019

Das Bundeskabinett hat am 18.09.2019 die Blockchain-Strategie verabschiedet. Mit ihrer Blockchain-Strategie will die Bundesregierung die Chancen dieser Technologie nutzen und ihre Potenziale für die digitale Transformation mobilisieren.

➤ mehr in LEXinform 0450292 | Recht der neuen Medien



Zivilrecht

Gesetzentwurf zur Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die Vergleichsmiete beschlossen

Bundesregierung, Mitteilung vom 18.09.2019

Der Anstieg der Mietpreise soll weiter gedämpft werden. Maßnahmen dazu hat die Bundesregierung am 18.09.2019 beschlossen. Das Kabinett billigte einen Gesetzentwurf, der den Veränderungen auf dem Mietwohnungsmarkt Rechnung trägt.

➤ mehr in LEXinform 0450305 | Miet-/Immobilienrecht



Sonstiges Recht

Kabinett verabschiedet Drittes Bürokratieentlastungsgesetz

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung vom 18.09.2019

Das Bundeskabinett hat am 18.09.2019 dem Dritten Gesetz zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie zugestimmt.

➤ mehr in LEXinform 0450295 | Sonstiges Recht



Wirtschaft

Branchen

VR Branchen special - Aktualisierte Branchenberichte

DATEV Redaktion LEXinform, Übersicht vom 24.08.2019

Diese Branchenberichte wurden aktualisiert: Ausbaugewerbe, Beherbergungsgewerbe, Elektrische Ausrüstungen, Gewinnung von Steinen und Erden, Güterverkehr und Logistik, Landwirtschaftsnahe Aktivitäten, Holz- und Möbelindustrie, Papier- und Druckindustrie Persönliche Dienstleistungen

> mehr in LEXinform 2200900



Unternehmen

KfW Research - Unternehmen in Deutschland gehen Digitalisierung in der Breite an

KfW Bankengruppe, Pressemitteilung vom 10.09.2019

Die Unternehmen in Deutschland nehmen sich in der Breite des Themas Digitalisierung an. Knapp 66 % der Unternehmen plant in den kommenden zwei Jahren die Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben fest ein.

> mehr in LEXinform 2094226



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "LEXinform aktuell (E-Paper)" oder "LEXinform aktuell (Print)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie hier.

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie bitte nicht die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms, sondern senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Abbestellung oder Datenänderung

Hier können Sie den Newsletter abbestellen oder Ihre persönlichen Daten ändern.

Verantwortlich: Tina Schulz

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG